

Antrag

der Abgeordneten Carina Konrad, Frank Sitta, Dr. Gero Clemens Hocker, Karlheinz Busen, Nicole Bauer, Grigorios Aggelidis, Christine Aschenberg-Dugnus, Jens Beeck, Nicola Beer, Dr. Jens Brandenburg (Rhein-Neckar), Mario Brandenburg (Südpfalz), Dr. Marco Buschmann, Carl-Julius Cronenberg, Dr. Marcus Faber, Daniel Föst, Thomas Hacker, Katrin Helling-Plahr, Markus Herbrand, Torsten Herbst, Katja Hessel, Manuel Höferlin, Dr. Christoph Hoffmann, Reinhard Houben, Ulla Ihnen, Olaf in der Beek, Gyde Jensen, Dr. Christian Jung, Thomas L. Kemmerich, Dr. Marcel Klinge, Pascal Kober, Dr. Lukas Köhler, Konstantin Kuhle, Alexander Graf Lambsdorff, Ulrich Lechte, Michael Georg Link, Till Mansmann, Dr. Martin Neumann, Hagen Reinhold, Christian Sauter, Frank Schäffler, Dr. Wieland Schinnenburg, Judith Skudelny, Bettina Stark-Watzinger, Dr. Marie-Agnes Strack-Zimmermann, Benjamin Strasser, Katja Suding, Michael Theurer, Stephan Thomae, Manfred Todtenhausen, Dr. Andrew Ullmann, Sandra Weeser, Nicole Westig, Katharina Willkomm und der Fraktion der FDP

Smart Farming – Flächendeckende Breitbandversorgung für eine innovative Landwirtschaft in Deutschland

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Die digitale Transformation erreicht alle Bereiche der Wirtschaft und des öffentlichen Lebens. Besonders die Landwirtschaft nimmt im Bereich digitaler Technologien bereits eine Vorreiterrolle ein. So haben schon heute eine Vielzahl von digitalen Innovationen in verschiedenen Szenarien der landwirtschaftlichen Produktion Einzug erhalten: Traktoren werden GPS-gestützt gesteuert, der Pflanzenschutz und die Düngung erfolgen präzise, angepasst an den Nährstoffbedarf der Pflanze sowie die Bodenbeschaffenheit, während in modernen Ställen die Transpondererfassung der Tiere zur Standardausstattung gehört. Intelligente Software-Lösungen verknüpfen verschiedene Betriebsbereiche miteinander, wodurch auch einzelne Produktionsprozesse vernetzt werden. Gerade vor dem Hintergrund des globalen Bevölkerungswachstums, klimatischen Veränderungen sowie einem zunehmenden Verlust landwirtschaftlicher Nutzflächen, bieten diese Lösungen weitreichende Chancen, aufkommenden Herausforderungen zu begegnen. Durch zahlreiche, bereits in der praktischen Anwendung befindlichen digitalen Technologien ist es schon heute möglich, ökonomische wie ökologische Vorteile bei der Produktion zu erlangen.

Den Grundstein für die besten Rahmenbedingungen für eine wettbewerbsfähige Landwirtschaft der Zukunft in Deutschland legt dabei die Anbindung des ländlichen Raumes an schnelles Internet. Der unzureichende Breitbandausbau von ländlichen Regionen Deutschlands, im internationalen als auch im europäischen Vergleich, bringt insbesondere für die standortgebundene Landwirtschaft ein enormen Wettbewerbsnachteil mit sich. Es bedarf einer zukunftsfähigen digitalen Infrastruktur im Glasfaserausbau, welche auf einen schnellstmöglichen flächendeckenden Ausbau des Glasfasernetzes ausgerichtet ist.

Sich selbst steuernde Prozesse in der Agrarproduktion, sei es die bedarfsgesteuerte Düngung und der präzise Pflanzenschutz oder die Erfassung der Erntemenge in Echtzeit auf dem Feld, erfordern hohe Bandbreiten im Mobilfunk, um eine Kommunikation mit geringen Latenzzeiten gewährleisten zu können. Eine Gesamtstrategie für schnelles mobiles Internet muss den ländlichen Raum berücksichtigen und erkennen, dass die in der Landwirtschaft erzeugte Wertschöpfung in Zukunft von einer ausreichenden Anbindung an Telekommunikation abhängt.

Die Anwendung von digitalen Technologien in der Landwirtschaft stellt die derzeitige öffentliche Infrastruktur vor eine Vielzahl von Herausforderungen, denen es schnellstmöglich mit einer Reihe von politischen Maßnahmen zu begegnen gilt.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

1. dem Problem des bestehenden Stadt-Land-Gefälles bei der Breitbandversorgung durch eine Steigerung der Attraktivität des Glasfaserausbaus in ländlichen Räumen zu begegnen. Hierfür sollen ländliche Regionen mit Förderbedarf in Regions-Clustern, gebündelt mit urbanen, für die Netzbetreiber zunächst attraktiveren Regionen, ausgeschrieben werden;
2. durch die Ausgabe sogenannter „Gigabit-Gutscheine“ eine bessere Internetanbindung in ländlichen Räumen zusätzlich zu fördern. Die Durchführung der Maßnahme soll bürokratieabbauend auf den bereits geltenden, grundsätzlichen Kriterien für Breitbandförderung, wie z. B. der Unterschreitung der Aufgreifschwelle und fehlender Aussicht auf privatwirtschaftlichen Ausbau in der betroffenen Region, beruhen. Durch dieses nachfrageorientierte Instrument erhalten insbesondere landwirtschaftliche Betriebe abseits zentraler Industrieansiedlungen die Chance auf einen Breitbandanschluss, da diese oft die entstehenden Kosten nicht selbst tragen können. Die benötigte Finanzierung soll aus den Haushaltsmitteln für den Breitbandausbau gedeckt werden;
3. lokale private Initiativen im ländlichen Raum, wie z. B. sogenannte „Buddelvereine“, welche die notwendige Infrastruktur oftmals deutlich günstiger als große Telekommunikationsunternehmen verlegen, mit Augenmaß zu fördern. Das Verlegen der Glasfaserkabel sollte, ebenso wie das Durchqueren öffentlicher Grundstücke, für derartige private Initiativen unbürokratisch ermöglicht werden;
4. mittels der Schaffung eines Gigabit-Grundbuchs ein transparentes System einzurichten, was die gesamte Glasfaser-Infrastruktur in Deutschland erfasst und nicht zwischen der Nutzung dieser für Festnetz- oder Mobilfunk unterscheidet und somit ländliche Regionen mit Förderbedarf schneller identifiziert als es derzeitige Maßnahmen können;
5. bei der geplanten 5G-Frequenzversteigerung die Anzahl der erreichten Haushalte nicht als alleinigen Maßstab für die Abdeckung zu sehen. Im Hinblick auf den Bedarf einer flächendeckenden Versorgung für die Landwirtschaft bietet dies keine Grundlage für den Netzausbau;
6. um möglichst frühzeitig eine flächendeckende mobile Internetversorgung zu erreichen, die Lizenzen der jetzigen 4G-Flächenfrequenzen unter strengen Ausbau- und Wettbewerbsauflagen zu verlängern;

7. sich für eine einheitliche Verwaltung und Nutzung von den aus öffentlicher Hand erzeugten für die Landwirtschaft wichtigen Daten, wie etwa agrarmeteorologischen Daten des Deutschen Wetterdienstes als auch Daten des Satellitenpositionierungsdienstes der deutschen Landvermessung (SAPOS), einzusetzen.

Berlin, den 15. Januar 2019

Christian Lindner und Fraktion

